

Stefan Brand

19.07.2017

Stefan Brand nimmt zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Stellungnahme im Begutachtungsverfahren zum Ministerialentwurf des Justizministeriums, Strafprozessrechtsänderungsgesetz 2017 (325/ME)

Wenn Politiker davon sprechen, es brauche mehr Maßnahmen zur Sicherheit in Österreich, schürt das unnötig Ängste in der Bevölkerung. In Wahrheit geht es meiner Meinung nach darum, den Menschen Angst zu machen, damit die Politiker sich dann als die vermeintlichen Retter stilisieren können.

Ich möchte eine Gesellschaft, die nicht auf Angst und Misstrauen basiert, sondern auf einem vertrauensvollen Miteinander. Stattdessen versucht die Politik Staatsbürger und Migranten zu kriminalisieren. Wenn schon der Staat seinen BürgerInnen misstraut, um wie viel mehr werden diese dem Staat misstrauen?

Außerdem möchte ich zu bedenken geben, dass es für das Geld, das für diese "Sicherheits"-Maßnahmen ausgegeben werden soll, eine bessere Verwendung gibt. Es könnten Gewaltpräventionsmaßnahmen finanziert werden, oder Maßnahmen, die tatsächlich die Ungerechtigkeiten gutzumachen versuchen, die der Staat und österreichische Unternehmen in der Welt verursachen.

Bundestrojaner

Ich möchte zu bedenken geben, dass jede Software Sicherheitslücken hat. Diese werden ja von einer staatlichen Schadsoftware auch ausgenützt. Es kann nicht sichergestellt werden, dass ein Bundestrojaner nicht ebenfalls

selbst Sicherheitslücken hat, die dann von Kriminellen ausgenützt werden können.

Lauschangriff im Auto

Wenn schon bei Bagatelldelikten abgehört werden darf, werden wir bald in einem Überwachungsstaat leben.